

## Autonome Linksextremisten

Sitz/Verbreitung	Landesweite Verteilung mit lokalen Schwerpunkten in Ballungszentren
Gründung/Bestehen seit	Ende der 1970er- beziehungsweise Anfang der 1980er-Jahre aus der Studentenbewegung der 1968er-Jahre, der „Sponti“-Szene der 1970er-Jahre und der Punk-Subkultur entstanden
Struktur/ Repräsentanz	Weitgehend hierarchiefreie Netzwerke mit themen- oder aktionsbezogener Ausrichtung; überregionale Treffen, Chat- oder Telefonkonferenzen mit Delegierten örtlicher oder thematisch gebundener Zusammenhänge; Internet als offenes Kontaktmedium
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2023	circa 1.150 ↗
Veröffentlichungen	Hauptsächlich Veröffentlichungen in szenebезogenen Internetportalen, Internetblogs und sozialen Netzwerken
Kurzporträt/Ziele	Die <b>linksautonome Szene</b> als bekannteste Subkultur im Linksextremismus definiert ihre Ziele vorrangig durch Gegenproteste, wohingegen eine gemeinsame Zielsetzung – abgesehen von der Eroberung sogenannter Freiräume – kaum festzustellen ist. Staatliche Strukturen, insbesondere Hierarchien und das staatliche Gewaltmonopol, werden zugunsten eines „selbstbestimmten Lebens“ abgelehnt. Gleichzeitig wenden <b>Autonome</b> zur Durchsetzung ihrer Auffassung auch enthemmte Gewalt gegen Meinungsgegner an und versuchen damit, diese einzuschüchtern und gesellschaftliche Diskurse nach ihren Vorstellungen zu steuern.

---

## Finanzierung

Ereignis- oder anlassbezogene Finanzierung von Kampagnen durch Solidaritätskonzerte und -partys oder Spenden

---

## Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Insbesondere die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols und der rechtsstaatlichen Ordnung durch die **linksautonome Szene** bei gleichzeitiger Befürwortung von Gewalt zur Erreichung der eigenen politischen Ziele ist nicht vereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die **Autonomen** werden daher nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW durch den Verfassungsschutz NRW beobachtet.

---

## Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

### Autonome und Anarchisten gründen neue Gruppen als Folge von Neuorientierungen

In der **linksautonomen Szene** haben sich die Spaltungstendenzen des Vorjahres fortgesetzt. Offizielle Auflösungen waren zwar nicht zu verzeichnen, allerdings sind bei einigen Gruppierungen keine Aktivitäten mehr festzustellen. Klassenkämpferische und eher dogmatisch geprägte Kleingruppen, die einen an das autonome Spektrum angelehnten Habitus aufweisen, hatten ein gleichbleibend starkes Mobilisierungs- und Aktionspotenzial. Hier konnte auf lokaler Ebene ein leichter Zuwachs beobachtet werden.

Vermutlich als Konsequenz aus szeneeinternen Streitigkeiten im Zusammenhang mit einem Sexismusvorwurf gegen ein Mitglied der **Interventionistischen Linken (IL)** in Köln gründete sich im August 2023 die Gruppe Revolutionäre Organisation für einen Sozialistischen Aufbruch (R.O.S.A.) in Düsseldorf. Symptomatisch für die Stagnation der **IL** erklärt die R.O.S.A., sie habe sich „zu oft [...] in autonomen Organisationsprinzipien wiedergefunden, was eine diffuse, aktionistische politische Praxis zur Folge hatte, die von unzureichender Theoriearbeit geprägt war.“ Diese Kritik an der autonomen Praxis war im übrigen Anfang der 2000er-Jahre Anlass für die Gründung post-autonomer Strukturen wie der **IL** und des Bündnisses **...ums Ganze!**.

Mit der Ende 2023 neu gegründeten Anarchokommunistischen Initiative Münster existiert nun neben der schon seit Jahrzehnten bestehenden Freien Arbeiter\*innen-Union in Münster und Umgebung (FAU Münster) eine weitere anarchistische Gruppe in Münster.

LINKSEXTREMISMUS

Die Neugründungen zeigen auf, dass es weiterhin aktionsorientierte Akteure innerhalb der Szene gibt, die eine Stagnation abwenden möchten. Das Aktionspotenzial der Gruppen fällt in Quantität und Relevanz jedoch hinter das der Vorjahre zurück.

### Themenfeld Antirepression

Ein in Leipzig anhängiges Gerichtsverfahren (Szenejargon „Lina E.-Verfahren“) gegen die Antifa Ost wegen mehrerer Überfälle auf tatsächliche und vermeintliche Angehörige des rechtsextremistischen Spektrums endete vorerst am 31. Mai 2023 mit einem Schuldspruch gegen und mehrjährigen Haftstrafen für die vier Angeklagten. Vor diesem Hintergrund versammelte sich am gleichen Tag die **linksautonome Szene** an mehreren Orten in Deutschland zu Solidaritätskundgebungen für die Angeklagten. Bei einigen dieser unangemeldeten Demonstrationen wurden Einsatzkräfte der Polizei angegriffen und verletzt. Am darauffolgenden Wochenende fanden lange im Vorfeld organisierte Solidaritätsdemonstrationen in Leipzig mit Beteiligung von angereisten Personen des **autonomen Spektrums** aus dem gesamten Bundesgebiet statt, in deren Verlauf es ebenfalls zu Ausschreitungen kam.

### Abolitionismus als verbindendes Element unterschiedlicher Ideologien

Das bereits in Vorjahren festgestellte Narrativ einer angeblich strukturell von der Polizei ausgehenden, überbordenden und unrechtmäßigen Gewalt entwickelte im Jahr 2023 innerhalb der **autonomen Szene** Nordrhein-Westfalens eine noch stärkere Zugkraft. Kernthese dieses Narratives ist, dass staatliche Vollzugskräfte bei Polizei, Justiz und Verwaltung zwangsläufig einen prinzipiellen Hang zum Machtmissbrauch besäßen, der mit einer institutionell bedingten Tendenz zu rassistischen Vorverurteilungen (Racial Profiling) einhergehe. Als Beleg für die Richtigkeit der These führen deren Vertreter lokale Einzelereignisse an, bei denen Betroffene polizeilicher Maßnahmen mit Migrationshintergrund unter vermeintlich ungeklärten Umständen von der Polizei schwer oder sogar tödlich verletzt wurden. Die linksextremistische Szene propagiert als Konsequenz dieses gedanklichen Ansatzes die rigorose Beschränkung von polizeilichen Eingriffsmöglichkeiten, mitunter auch die radikale Abschaffung der Polizei und des Justizvollzugs.

Im Berichtszeitraum fanden in dem Themenzusammenhang entsprechende Demonstrationen in Dortmund, Essen, Herford und Wuppertal sowie flankierende Vortragsveranstaltungen unter Verwendung des Begriffs Abolitionismus in weiteren Städten in Nordrhein-Westfalen statt. Während der Ursprung des Begriffs auf eine Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei zurückgeht, bezeichnet er im hier verwendeten Kontext

die Abschaffung von Polizei und Justiz. Der ideologische Schwerpunkt der Aktivitäten wurde jeweils von den unterschiedlichen politischen Zielvorstellungen der veranstaltenden Personenzusammenhänge bestimmt.

Im Januar 2023 gründete sich die Gruppe „Defund the Police Dortmund“ mit dem Anspruch: „Wir kämpfen für abolitionistische Forderungen, wie die Abschaffung der Wache Dortmund Nord, den Aufbau eines mobilen, multiprofessionellen Kriseninterventionsteams und selbstermächtigenden und selbstorganisierten Strukturen in der Dortmunder Nordstadt für alle Bewohner:innen.“ Zur Durchsetzung wurde „[...] eine Debatte über Alternativen zur Polizei und emanzipatorische Formen sozialer Sicherheit“ gefordert.

## Es gibt 1000 Mouhameds. Sie verdienen Gerechtigkeit!

Ein Jahr nach dem Mord durch Polizeischüsse:

12.08.2023

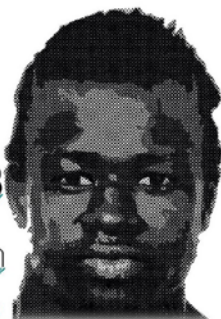
bundesweite  
Demonstration  
Dortmund

mehr Infos in Kürze, stay tuned

#1000Mouhameds

justice4mouhamed.org

#Justice4Mouhamed



Aufruf zur Demonstration der Gruppe „Defund the Police Dortmund“ auf Instagram

Im Ruhrgebiet wurde zu diesem Thema bereits im Vorjahr ein Fußballturnier auf lokaler Ebene ins Leben gerufen, das künftig jährlich stattfinden soll. Bei dem Turnier in 2023 wurde dazu aufgerufen, gegen „[...] die Spaltung der Arbeiterklasse in unterschiedliche Nationalitäten und Herkünfte [...]“ organisiert zu kämpfen: „Wir dürfen uns nicht spalten lassen in Deutsche und Migranten, in Türken und Kurden oder in Rumänen und Roma. Denn das ist genau das, was der Staat und seine Polizei erreichen wollen. Wir alle haben ähnliche Probleme, wir alle leiden darunter, dass die Preise teurer werden, die Mieten höher, die Löhne nicht steigen, die Polizei uns schikaniert und der Rassismus und deutsche Chauvinismus in diesem Land immer stärker dazu genutzt wird, uns zu spalten.“

LINKSEXTREMISMUS

In der im Internet veröffentlichten Darstellung zu einer Demonstration in Wuppertal am 1. November 2023 wurde hingegen vertreten, dass man auf die „[...] dynamische Rolle der Jugend im Kampf gegen Rassismus und Polizeigewalt“ aufmerksam gemacht habe, und der „[...] Kampf gegen Polizeigewalt immer auch ein Kampf gegen Kapitalismus sein muss“.

Mit den Forderungen des Abolitionismus wird letztlich die Abkehr vom staatlichen Gewaltmonopol zugunsten einer Gesellschaft verlangt, die lediglich die Ursachen von Straf- und insbesondere Gewalttaten einhegt statt nicht gesetzeskonformes Verhalten durch Polizei- und Justizkräfte zu verfolgen und zu bestrafen. Gleichzeitig versucht man, die klassischen Themenbereiche linksextremistischer Politik, Antirassismus, Antikapitalismus, Antifaschismus und Antirepression, inhaltlich stärker miteinander zu verbinden. Auf diese Weise wirken der Begriff Antirepression und die sich daran knüpfenden Aktionen als Klammer für unterschiedliche Strömungen innerhalb der **autonomen Szene**, die ansonsten stark voneinander abweichende Positionen vertreten.

### Aufspaltung angesichts der Auseinandersetzungen in Israel und im Gazastreifen

Die Terrorangriffe der **HAMAS** auf den Staat Israel und der anschließende Konflikt in Gaza erzeugte im **linksautonomen Spektrum** unterschiedliche Reaktionen. Große Teile der linksextremistischen Szene positionierten sich sowohl in der Vergangenheit als auch im aktuellen Konflikt klar gegen Antisemitismus. Sie lehnten jedoch das staatliche Agieren Israels – insbesondere die Siedlungspolitik und Behandlung der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten – ab. Viele Gruppen der **autonomen Szene** vermieden bisher dennoch eine eindeutige Parteinahme für eine der beiden Konfliktparteien und blendeten den Konflikt in ihrer Agitation aus.

Eher dogmatisch orientierte Gruppen aus Nordrhein-Westfalen verfolgen jedoch seit mehreren Jahren eine internationalistische und antiimperialistische Agenda. Sie interpretieren die israelische Siedlungspolitik als eine „Besetzung des Gazastreifens“ und als Beispiel für Aktionen des „westlichen Kapitalismus gegen revolutionäre Volksgruppen in aller Welt“, die im Nahen Osten nach antiimperialistischer Auffassung vor allem durch das palästinensische Volk repräsentiert werden. Besonders problematisch erscheinen in diesem Zusammenhang die positive Bezugnahme und die Zusammenarbeit antiimperialistischer Gruppen mit dem Netzwerk **Samidoun**, das als Vorfeldorganisation der terroristischen **Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)** in Deutschland im November 2023 durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat verboten wurde. In Düsseldorf, Duisburg, Köln und Münster traten dogmatische

Kleingruppen und Einzelakteure des linksextremistischen Spektrums bei pro-palästinensischen Demonstrationen in dieser Weise in Erscheinung.



Die Internationale Jugend Rheinland ruft auf Instagram zur Demo auf.

Ein kleiner Teil der **autonomen Szene** in Nordrhein-Westfalen gehört dagegen dem Spektrum der Antideutschen an, die sich aus einer gleichermaßen antifaschistischen und antinationalen Grundhaltung heraus uneingeschränkt israelsolidarisch positionieren. Die Parteinahme für die Belange Israels durch antideutsche Gruppen in Nordrhein-Westfalen schlug sich in der Beteiligung an einzelnen israel-solidarischen Demonstrationen und Informationsveranstaltungen nieder. Bei diesen Gelegenheiten stand weniger der Konflikt selbst, als die Sorge um das Aufkeimen antijüdischer Tendenzen innerhalb der deutschen Bevölkerung im Fokus. Insbesondere wurden in diesem Zusammenhang pro-palästinensische Strömungen innerhalb der gesamten politischen Linken thematisiert.

### Unklare Perspektive für das Autonome Zentrum in Wuppertal

Die Auseinandersetzung um den zukünftigen Standort des Autonomen Zentrums in Wuppertal (AZ Wuppertal) setzte sich auch im Jahr 2023 weiter fort. Hintergrund des Konflikts ist der Plan von Rat und Verwaltung, am derzeitigen Standort des AZ den Bau eines neuen Quartiers nebst einer repräsentativen DITIB-Moschee zu realisieren. Der Ratsbeschluss zur Neubebauung und die damit verbundene Verdrängung des AZ Wuppertal emotionalisierte die **linksautonome Szene** in der gesamten

Region und schlug sich in themenbezogenen Demonstrationen und Solidaritätsbekundungen nieder.



Demonstration für den Erhalt des AZ Wuppertal im März 2023 in Wuppertal.

Ein von der **linksautonomen Szene** initiiertes Bürgerbegehren gegen die mögliche Verdrängung des AZ Wuppertal scheiterte aufgrund von ungünstigen Stimmabgaben. Die Absicht, ein weiteres Bürgerbegehren mit geändertem Titel und anderer Begründung zu beantragen, besteht seitens des lokalen **autonomen Spektrums** allerdings weiter. Es bleibt abzuwarten, ob sich auch Teile der zivildemokratischen Anwohner mit Blick auf die in die Kritik geratene DITIB an der Auseinandersetzung beteiligen.

### Räumung des besetzten Weilers Lützerath

Der Protest gegen den Kohleabbau unter dem Weiler Erkelenz-Lützerath hatte am Jahresanfang 2023 mehrere hundert Personen dorthin und in ein Ausweichcamp in der nahe gelegenen Ortschaft Keyenberg gezogen. Bereits zuvor hatten autonome Kohlekraftgegner die von ihren ursprünglichen Bewohnern verlassenen Gebäude und Nutzflächen besetzt gehalten und Konstruktionen errichtet, die eine Räumung erschweren oder verhindern sollten.

Nach dem 20. Dezember 2022 galt jedoch ein Betretungs- und Aufenthaltsverbot für die im Eigentum des Tagebaubetreibers stehenden Grundstücke in der Gemarkung Lützerath, für dessen Durchsetzung ab dem 10. Januar 2023 unmittelbarer Verwaltungszwang zur Räumung des Geländes eingesetzt werden durfte.



Brennende Barrikaden bei der Räumung des Weilers Lützerath.

Als die Räumung des besetzten Weilers Lützerath am 11. Januar 2023 vollzogen wurde, verließen die meisten der sich vor Ort aufhaltenden Personen das Gelände weitgehend freiwillig. Dennoch wurde der Polizeieinsatz – wie auch schon in den Wochen und Monaten

zuvor – durch eine Vielzahl von Straftaten begleitet. Polizeikräfte wurden im Umkreis der besetzten Häuser mit Steinen, Feuerwerk und vereinzelt mit Molotowcocktails angegriffen. Ferner kam es in und um Lützerath immer wieder zu Widerstandshandlungen und erheblichen Sachbeschädigungen, bei denen neben etlichen Hindernissen zur Blockade der Zufahrtswege auch ein Polizeifahrzeug in Brand gesetzt wurden.

Hervorzuheben ist die Demonstration gegen die Räumung vom 14. Januar 2023, die auch in den Medien große Beachtung fand. Dazu mobilisierte neben der gesamten Bandbreite der nicht extremistischen Klimaschutzbewegung auch das neugegründete Bündnis „Lützerath Unräumbar“. In diesem Bündnis wirkten neben zivildemokratischen Akteuren auch die **Interventionistische Linke**, das Bündnis **...ums Ganze!**, Ende Gelände und die anarchistisch geprägte Kleingruppe „Zucker im Tank“ mit. Mehr als 15.000 Teilnehmer bewegten sich entlang des Tagebaus Garzweiler II, als eine vierstellige Anzahl an Personen den abgesprochenen Aufzugsweg verließ, um in den Tagebau und das ehemalige Protestcamp einzudringen. An verschiedenen Sperrstellen der Polizei kam es zu gewaltsamen Durchbruchversuchen und Durchbrüchen seitens der Störer. Hierbei wurden Einsatzkräfte der Polizei unter anderem gezielt mit Pyrotechnik beschossen. Die Störer unmittelbar an der Tagebauabbruchkante brachten sich selbst und die Einsatzkräfte in zum Teil lebensgefährliche Situationen.

LINKSEXTREMISMUS



An diesem Tag gelang es extremistischen Gruppen der linksautonomen Szene, ihre Strategie der Entgrenzung und Radikalisierung in das bürgerliche Spektrum der Klimabewegung zu tragen.

### Ausübung von Gewalt durch Extremisten im Namen der Klimabewegung

Am 11. September 2023 kam es zu einer Brandstiftung in einem Autohaus in Düsseldorf, bei der insgesamt zehn Fahrzeuge ausbrannten. In einem mit „Gruppe Switch Off (Auto-)Kapitalismus“ unterzeichneten Selbstbeichtigungsschreiben wurde die Tat in einen Zusammenhang mit der zu diesem Zeitpunkt gerade beendeten Internationalen Automobilausstellung in München gestellt und gefordert: „Ein ganz tiefgreifender Bruch mit unserer Art des Produzierens, Konsumierens, der Art, wie wir leben ist jetzt notwendig. [...] Da die bloße Erkenntnis, dass der (Auto-)Kapitalismus Wahnsinn ist, nicht dazu führt, dass der Wahnsinn aufhört, sollten wir dafür sorgen, dass das Kaufen, Verkaufen und Fahren von Autos nervig wird. Und das, so oft es geht.“

Ein weiteres Beispiel für Gewalt durch Extremisten im Namen der Klimabewegung lieferte die **Gruppe Guerilla Activists Fighting For Anarchy (GAFFA)** im rheinischen Braunkohlerevier. Dort traten **GAFFA**, die „kämpfenden Guerilla-Aktivist:innen für Anarchie“ zum ersten Mal im Dezember 2022 mit Selbstbeichtigungsschreiben im Nachgang einer Brandstiftung am Tagebau Garzweiler in Erscheinung. Weitere Sachbeschädigungen ähnlicher Art folgten im Jahr 2023 am Tagebau Inden beziehungsweise an der Hambachbahn, zu denen **GAFFA** jeweils entsprechende Bekenntnisschreiben verfasste. Im November 2023 veröffentlichte **GAFFA** eine Handlungsanleitung für das Inbrandsetzen von Pkw. Ziel sei es dabei nach eigenen Angaben, „ein todbringendes System mit Gewalt zu stoppen (...) denn Klimagerechtigkeit wird es in einem System wie diesem -einem hierarchischen, kapitalistischen, kolonialen System- nicht geben (...) (sondern ist) nur in der Anarchie zu verwirklichen“ [sic!].

---

### Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Insbesondere der aktuelle Nahost-Konflikt lässt vollkommen gegensätzliche Positionen im linksextremistischen Spektrum – antideutsche Tendenzen auf der einen und pro-palästinensische Positionen auf der anderen Seite – deutlich werden. Hierdurch verstärken die sich bereits in den letzten Jahren wieder aufgekommenen Spaltungsprozesse innerhalb der **linksautonomen Szene**.

Daneben scheint der Erfolg der Vernetzungsbemühungen aus den letzten Jahren hinter den daran geknüpften Erwartungen zurückzubleiben. Offenbar ergibt sich

aus der Kommunikation innerhalb der Szene nicht zwingend die Entwicklung gemeinsamer Zielvorstellungen, sondern oft eher ein Klärungsbedarf hinsichtlich richtungsweisender Abläufe und Strukturen. Die mit konkreten Vorhaben verbundenen Organisationsfragen werden mitunter als belastend und von einigen Gruppen sogar als zermürend wahrgenommen, womit eine Schwächung des Aktionspotenzials einhergeht.

Weiterhin scheinen in Nordrhein-Westfalen szeneeinterne Debatten großen Raum einzunehmen, Personenpotenziale zu binden und die rückläufigen Aktivitäten zu begründen. Die offensichtlichen Themen sind hierbei der Umgang mit Fällen sexualisierter Gewalt innerhalb der Gruppen und die Angst vor strafrechtlichen Konsequenzen bei rechtswidrigem Handeln. Sowohl die im Verfahren gegen Mitglieder der Antifa Ost verhängten Strafen als auch Entscheidungen in anderen Verfahren lähmen die **autonome Szene**. Es fällt auf, dass in diesem Zusammenhang keine – sonst übliche – akribische Aufarbeitung der staatlichen Maßnahmen innerhalb der **autonomen Szene** erfolgt. Offenbar werden weder Art noch Umfang der Strafen infrage gestellt, sondern die mit der Strafverfolgung verbundenen Sanktionen und deren Konsequenzen für den persönlichen Lebensentwurf in das eigene Kalkül einbezogen.

Der Protest gegen den Kohleabbau im Rheinischen Braunkohlerevier fand im Jahr 2023 seinen Höhepunkt mit der Räumung des besetzten Weilers Lützerath. Durch die Räumung wurde gewaltbereiten Kohlekraftgegnern der **linksautonomen Szene** gleichzeitig ein wesentlicher Anziehungspunkt, Versammlungsort und Aktionsraum entzogen, mit dem diese bis dahin maßgeblichen Einfluss auf zivildemokratische Umweltschützer ausgeübt hatten. Von der verbleibenden Waldbesetzung im Hamburger Forst gehen zwar weiterhin Störungen und Straftaten aus; die Anzahl der Waldbesetzer und deren Aktionsniveau haben jedoch nachgelassen.

Ein neues Gewicht scheint stattdessen das Thema Antirepression zu erlangen. Unter dem Begriff Abolitionismus ist ein schon länger im Spektrum staatskritischer Theorien diskutiertes Thema ein neuer Modebegriff in der **autonomen Szene** geworden. Die ernsthaft gestellte Forderung nach einer Abschaffung der Polizei eint die **autonome Szene** über ideologische Differenzen hinweg und lässt unterschiedliche Positionen wieder in den Hintergrund treten.